

Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig! Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönlichen Meinungen. Wir bemühen uns, so viele Leserbriefe unterzubringen, wie möglich. Wenn wir Leserbriefe kürzen, dann so, dass das Anliegen der Schreibenden gewahrt bleibt. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Zum Artikel „Geht es auch ohne Geld?“

Da wird meiner Meinung nach kräftig übers Ziel hinausgeschossen. Ich sehe das pragmatischer. Sicher ist der Mensch Teil der Natur, was bedeutet, dass er morgens wenn er aufgestanden ist, Hunger hat und sich aufmachen muss (etwa arbeiten gehen?) um was Essbares zu finden. In der heutigen Zeit der arbeitsteiligen Gesellschaft (finde ich gar nicht so schlecht) gehe ich um die Ecke zu meinem Bäcker. Was aber wenn der Bäcker keine Lust hat und heute lieber faul sein möchte? Und die Kassiererin bei ALDI auch, dann habe ich ein Problem. Geld an sich ist eine gute Erfindung, es darf sich nur nicht von alleine vermehren, es soll nur Tauschmittel sein.

Deshalb finde ich den freiwirtschaftlichen Ansatz so richtig, in Kombination eines BGE wäre es genial, Silvio Gesell hat das schon vorausgesehen, er wollte Müttern ein Einkommen durch die Bodenrente verschaffen, sie sollten nicht mehr von ihren Männern abhängig sein. Das BGE schafft die „Augenhöhe“ zwischen arbeitender Bevölkerung und Wirtschaft, man **MUSS** nicht arbeiten um zu überleben, man **kann aber**, wenn man will. Die Unternehmen werden ihr Personal nicht mehr wie heute nur als Kostenfaktor sehen sondern es hegen und pflegen. Es gibt nämlich Leute, die gehen gern arbeiten. Allerdings ist klar, dass das Jahrhunderte alte Dogma „nur wer arbeitet, soll auch essen“ weg muss, wir produzieren heute viel zu viel für die Mülltonne.

Almut Langer, Rheda-Wiedenbrück

Hinter dem Vorhang zum letzten Akt

Nach der Lektüre des Heftes 01/2014, „Vorhang auf zum letzten Akt“, und den verschiedenen Ansätzen, mit denen die dortigen Autoren ihr Wissen, ihre Vorbehalte und bedingt auch ihre Lösungsalternativen vorstellen bzw. wiederholen, möchte ich doch einmal einen anderen Gedanken in die Debatte werfen: Könnte es nicht einfach so sein, dass sich die Menschheit ein System gebastelt hat, das sie selbst gar nicht mehr intellektuell und strukturell beherrscht? Muss man sich nicht einmal dem Aspekt der gelenkten „Schwarm-Dummheit“ annehmen? Sind es wirklich „die Zinsen“, sind es „die realen Märkte“, sind es „die Finanzmärkte“, ist es „die Gier der Reichen“, die alles bisher Erreichte gefährden? – Könnte es nicht sein, dass die Menschheit einfach zu dumm ist und unter diesen Systembedingungen auch bleibt, um konsequent zu denken – vom handeln mal ganz abgesehen? *„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden“* – so das Zitat (S. 37). Man müsste allerdings hinzufügen: „Und diejenigen, die wählen haben nichts verstanden“!

Wie kann es denn sein, dass die Schere zwischen Reich und Arm seit Jahrzehnten stets wächst, dass vermutlich sogar schon bei weiter denkenden Privilegierten an der Überlebensfähigkeit dieses Systems Zweifel aufkommen? „Aufklärung“ hat keine Lobby. Dass offensichtlich nicht einmal die „Aufstocker“ Parteien wählen, die für einen Mindestlohn eintreten? Merken wir denn nicht, dass soziale Unru-

hen und sogar Kriege immer näher rücken? Ob da Deutschlands Handelsüberschuss oder der Euro schuld ist (S. 21), ist nach meiner Meinung nur eine Zusammenhangsgewichtung. Dass die Aushöhlungen der Grundrechte durch Abhörskandale, des Versammlungsrechts, der Nivellierung der Presse (S. 38) und „Deregulierungen“ das Gemeinwesen in seiner positiven Bedeutung zu desaströsen Auswirkungen führen und die ganze „Wohlfahrtsstaatsmentalität“ ad absurdum führen, fällt nicht einmal mehr auf. Das System arbeitet konsequent an der Verdummung der Bevölkerung – dazu muss man nur eine Fernseh-Zeitung aufschlagen. Eine Aussetzung von Krimis und Verdummungsserien (vgl. S. 39) für eine Woche und stattdessen die Sendung von – ausschließlich – Beiträgen mit Sach- und Bildungsthemen würde einen sicher heilsamen und aufschlussreichen gesellschaftlichen „Bildungsschock“ auslösen. Ich bezweifle, dass z. B. die „HUMANE WIRTSCHAFT“ einen relevanten Leserkreis erreichen kann, ich weiß, dass man eigentlich eine Weiterbildung in „Ethik“, aber gegen die Interessen der meisten Menschen, „anordnen“ müsste und damit selbst an rechtliche und ethische Grenzen stößt. Je dümmer jedoch die Menschen gehalten werden (dazu z. B. die Forderung einer Schulbildung nur nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit), umso schwächer wird das System selbst. Die in den Artikeln jeweils positiv ausklingenden Schlusssätze *„... es bleibt die vage Hoffnung, dass die große Koalition ihre angestrebten Ziele trotz der systemischen Hindernisse erreichen kann“* (S. 37), *„Aber die gute Nachricht kommt zum Schluss: Alle bisherigen Versuche, internationale Handelsabkommen als trojanisches Pferd zum Abbau des Sozialstaates und die Rückkehr zu einem neoliberalen Nachwächterstaat zu benutzen sind jämmerlich gescheitert“* (S. 9), kann ich nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen. *„Dann ist, too big to fail‘ passé; für Regierungen gilt dann, too weak to act‘ (zu schwach zum Handeln); sie sind den großen Spielern untertan“* (S. 13), stellt ebenfalls noch optimistisch in Aussicht, dass wir das Stück noch einmal umschreiben könnten bevor der „Vorhang zum letzten Akt“ aufgeht. Nein, die Demokratie samt ihrer Sprachschöpfung einer gar „sozialen Marktwirtschaft“ und eine human denkbare Wirtschaftsordnung ist längst vor dem Kapitalismus eingeknickt. Das kann man gegenwärtig unschwer an den kleinkarierten Themen Mindestlohn und Pkw-Maut erkennen. Das sind alles insgesamt eher „Peanuts“, nur emotionalisierende Scheinthemen, die von den eigentlichen strukturellen Problemen des Kapitalismus ablenken und die Menschen glauben machen sollen, sie hätten eine Regierung (!) mit großen Gestaltungsoptionen gewählt. Das alles (!) beherrschende System werden wir nicht mehr mit Erfolg ändern können, aber es bleibt uns die Freiheit zu erkennen, wie es funktioniert – und dabei im Stillen inständig zu hoffen, dass man dabei doch einen entscheidenden Faktor übersehen hat.

Roland Weber, Mannheim

Zu „Die Mehrheit in Deutschland profitiert nicht vom Euro“ von Professor Fuders

Mit Interesse habe ich Ihren Artikel, wonach die Mehrheit in Deutschland nicht vom Euro profitiert, gelesen, und mit der Titel-Aussage gehe ich 100 % konform, aber wie Sie zu Ihren Schlussfolgerungen kommen: diesen liegt ein Narrativ zugrunde, das ich nicht mehr hören kann.

Tatsächlich ist es doch so, dass die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 2000 und 2008 nach Abzug der Inflation minus 0,8% betragen hat.

Sie haben Recht, es ist nicht mehr möglich, über Wechselkurse Handelsungleichgewichte im Zaum zu halten. Aber wenn die Staaten der Eurozone jede für sich das Inflationsziel der EZB eingehalten hätte, wären die Handelsungleichgewichte in der Eurozone mitnichten so groß ausgefallen. Und weiterhin wird einen Sonderumstand nicht Rechnung getragen: Italien und Griechenland waren traditionell Abwertungsländer mit höherer Inflation. Psychologisch ist es nicht so einfach, regelmäßige Lohnerhöhungen aufgrund von Inflation „auf einmal“ abzustellen. Dazu kam (das ist entscheidend): Durch den Wegfall der Kursrisiken kam es zu gewaltigen Mittelzuflüssen vom Norden in den Süden. Sogar ein konservativer Ökonom wie H.-W. Sinn sieht dies als gegeben an, im Sinne einer Kausalität, wonach die Inflation (auch die Lohninflation) angeheizt wurde. Ich bin sicher: die Banken im Norden haben dies in bewusster Absicht gemacht, um auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit des Südens zu schaden. Sie sagen es ja richtig: der Euro bevorteilt die Eigentümer der Exportunternehmen. Das mit den enormen Mittelzuflüssen ist Ihnen bekannt, wenn ich lese, was Sie im zweiten Teil Ihres Artikels verdeutlichen: die generelle Geldschwemme.

So, und nun kommt es: die Regierungen haben betreffend der Einhaltung der Spielregeln in der Währungsunion geschlafen. Niemand weniger als Jürgen Stark, der 2011 aus Protest die EZB verließ, sagt in einem langen Interview (April 2013), dass die Staaten sich zurückgelehnt haben, als der Euro einmal da war. Im gleichen Interview notiert er auch, dass die Banken kein funktionierendes Risikomanagement bei den Mittelzuflüssen in den Süden hatten (Stark: „In Europa wurde es weitgehend ausgeschaltet.“). Hätte dies funktioniert, wäre der Geldhahn vor Krisenausbruch bereits zugezogen, bzw. Zinsen erhöht. Aus dem Stark-Interview lässt sich herauslesen, dass er den Euro nicht schlecht findet, nur die Umsetzung hapert. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/tacheles/2072303/>

Ich spekuliere, was passiert wäre, wenn die Regierungen alert gewesen wären, und das Risikomanagement der Banken funktioniert hätte. Die Deutschen hätten rasch ihre Agenda 2010 korrigiert, damit der Handelsbilanz nicht explodiert: im Schnitt höhere Löhne (und Inflation). Und der Geldzufluss in den Süden würde verringert werden, weil jedes größere Handelsdefizit ein größeres Ausfallrisiko darstellt. Aus einer Grafik von H. Flassbeck, die die Lohnstückkostenentwicklung (eben relevant als Inflationsfaktor anstelle eines Wechselkurses) seit etwa 2000 darstellt, wird deutlich, dass die Akkumulation über Jahre erst das größere Problem erzeugt hat. In jedem Jahr mit entsprechender Korrektur, würde akkumuliert relativ wenig Ungleichgewicht entstehen. Wenn ich nur an Spanien denke: wenn dort keine Immobilienblase entstanden wäre: der Staatsschuld wäre aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin vorbildlich, wie vor der Krise.

Sie schreiben in Zusammenhang mit der Argentinienkrise über Löhne senken, dass die „südlichen Euroländer dies nicht getan ha-

ben“, und dass diese sogar gestiegen sind. **Aber ihre angeführte Statistik geht nur bis 2008!** Logisch, dass da noch eine zu hohe Lohnentwicklung dokumentiert war. Keiner war sich ja im Klaren darüber, dass sich eine Krise anbahnen musste (irgendwann). Entscheidend ist, was danach passierte. Löhne sind seitdem kaum gestiegen, auch nicht wirklich gesunken (außer in GR), aber Löhne senken ist politisch kaum durchsetzbar. Die Euro-Kernländer hätten, allen voran Deutschland, intern „aufwerten“ müssen – siehe Flassbeck.

Interessant ist Ihre Ansicht betreffend der „Transferunion“ alleine schon durch zugenommener Kaufkraft im Süden gegenüber dem Ausland. Aber Sie gehen stillschweigend davon aus, dass die festgesetzten Wechselkurse der EURO-Staaten untereinander zum 1. 1. 1999 keine exakte Umrechnung darstellten gemäß den Wechselkursen der Währungen untereinander. Aber waren die Kurse im ECU untereinander nicht schon ziemlich gut abgebildet? Ich sehe also wenig Grund, dass die Südländer zum Stichtag 1. 1. 1999 plötzlich mehr Kaufkraft bekommen hätten. Wenn Sie aber die Entwicklung danach meinen: OK, aber dann halte ich dagegen, dass diese Entwicklung vermeidbar gewesen wäre, s. o.

Ihre Grafik (Handelsbilanz Deutschland gegenüber GIPSI-Ländern) dürfte im Großen und Ganzen richtig sein (ich kenne sonst vorwiegend Diagramme, die die vollständigen Handelsbilanzen eines Landes ausweisen), aber eines ist klar: ca. 2004 war ein Kehrpunkt bei der Entwicklung des „Kranken Mannes Europas“. Das ist eine Kombinationswirkung der durch die Geldschwemme in den Süden ausgelösten Inflation dort und der Umsetzung der Agenda 2010-Politik in Deutschland.

Rob Maris

„Im Bannkreis des Geldes“ von Markus Pühringer

Dem Vorschlag von Markus Pühringer, der alternativ zur Gebühr auf zurückgehaltenes Bargeld eine Vermögenssteuer auf das gesamte Vermögen als Lösungsmodell anbietet, ist nicht zuzustimmen.

Eine Vermögensbesteuerung bewirkt lediglich, dass dem Vermögensbesitzer für weitere Geldanlagen eine geringere Summe in Höhe der abgeführten Steuer zur Verfügung steht. So sinken seine Zinseinnahmen entsprechend. Für den Staat bedeutet die Steuer eine zusätzliche Einnahme, mit der er Sozialleistungen bezahlen kann und damit die Nachfrage (nach Gütern) fördert. Der Staat kann aber auch Investitionen fördern, wodurch die Konjunktur angeschoben wird und neue Arbeitsplätze entstehen. Investitionsentscheidungen fällt somit nicht mehr der private Vermögensbesitzer, sondern der Staat. Solche Umverteilungsmaßnahmen von Reich zu Arm mögen durchaus berechtigt sein, sind aber nicht marktkonform.

- Es handelt sich um nachträgliche Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, dessen Probleme erst durch das „Wirtschaftssystem Zinseszins“ im zeitlichen Vorfeld der Eingriffe entstanden sind und die – sich zunehmend verschärfend – fortlaufend entstehen.

- Es handelt sich um eine Form der Planwirtschaft, die auf Schiefagen der Wirtschaft reagiert, anstatt ihre Ursachen zu beseitigen. Folglich müssen ständig Gegenmaßnahmen neu ergriffen werden. Was als Subventionen zur Wirtschaftsförderung eingesetzt wird, kann sehr schnell die Einnahmen aus der Vermögenssteuer übersteigen.
- Ziel der Humanwirtschaft (Freiwirtschaft) hingegen ist es, die zinsbedingte Vermögenssteigerung von vornherein gar nicht erst entstehen zu lassen – und das bei Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft.

In der heutigen Wirtschaftsordnung kann der Geldkreislauf durch Bargeldhortung unterbrochen werden und damit ein Nachfrageausfall entstehen. Das könnte mit einer Bargeld-Umlaufgebühr verhindert werden. Die hin und wieder vorgeschlagene Umlaufsicherungsgebühr auch für das sog. Girogeld kommt einer Besteuerung des Bargeldes gleich, denn auf Girokonten eingezahltes (oder übertragenes) Bargeld ist lediglich gutgeschrieben, also eine Gutschrift, die einen Anspruch auf Bargeld dokumentiert. Jede Anspruchs- oder Guthabenverfügung geht mit einem Bargeldzirkulationsvorgang einher, ist insoweit also bereits als Bargeld mit einer Hortungsgebühr belegt. Eine Gebühr auf Guthaben („Girogeld“) wäre daher nicht nur überflüssig, sondern falsch.

Sabine Jakubowski-Schwarz, Freiwirtin aus Leidenschaft

Die Politikerin, der Politiker

Beschreibung aus BROCKHAUS:

Politik

1) staatl. oder auf den Staat bezogenes Planen und Handeln: als Staatspolitik zur Verwirklichung der Staatszwe-

cke (Macht, Sicherheit, Frieden, Gerechtigkeit, Wohlfahrt, Kultur u. a.) und als Parteipolitik zur Errichtung von Macht oder Einfluss im Staat (durch Parteien, Klassen, Verbände, Interessengruppen, u. a.) Bereiche: Außen-Innen- Länder- Kommunal- Finanz- Sozial- Wirtschafts-Agrar- Bevölkerungs- Kulturpolitik u. a.

2) wissenschaftliche Politik, Politologie, Lehre vom staatsbezogenen Denken und Handeln mit Wissensgebieten aus Staat, Recht, Wirtschaft, Soziologie, Geschichte, Geographie.

Ob die Politiker wissen was Politik ist? Wie sie beschrieben wird? Was sie zu tun und zu lassen haben?

Je mehr ich darüber nachdenke, desto schwerer fällt es mir, das zu glauben. Warum können Politiker nicht herausfinden, wieso sich die Armut auf unserem Planeten ausbreitet wie eine Seuche? Gleichzeitig aber der Reichtum Weniger ins Unermessliche steigt. Oder haben sie es bereits herausgefunden und verschließen einfach nur die Augen vor diesem Phänomen?

Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. So schwer kann es doch nicht sein, herauszufinden warum das so ist.

Die Tatsache ist nicht neu, denn fast alle Medien haben bereits darüber berichtet und tun es noch immer. Aber auch hier scheinen nur Menschen zu sitzen die entweder die Augen davor verschließen oder, was noch weitaus schlimmer wäre, sie wissen wie diese Diskrepanz zwischen Arm und Reich entsteht und verschweigen es ganz bewusst. Wenn Letzteres der Fall wäre, erlaube ich mir zu fragen, warum sie schweigen. Könnte es sein, dass die Medien von dieser Situation einen Nutzen haben?

Der fairventure-Kongress 2014 in Berlin vom 2. bis 4. Mai

Für die herkömmlichen Formen des Lebens und Wirtschaftens wird gesamtgesellschaftlich immer häufiger ein Wandel gefordert und anfänglich praktiziert. Innovative Ideen und Initiativen sind die Folge. Dass die Vernetzung der Vielfalt den Prozess verstärkt, ist eine Erfahrung, die der fairventure-Idee zugrunde liegt.

Der diesjährige fairventure-Kongress wird vom 2. bis 4. Mai 2014 in Berlin stattfinden. Damit geht das besondere, offene Begegnungsformat (nach Leipzig und Langenberg) in seine dritte Runde. Als Motto wurde für dieses Jahr „Empowerment – Natürlich leben und lernen“ gewählt. In Vorträgen, Podiumsgesprächen und Workshops wird das Thema entfaltet, Informationsstände von verschiedenen Initiativen bereichern das Programm. Unter den Mitwirkenden ist in diesem Jahr erstmals auch Charles Eisenstein, der von den USA aus mittlerweile weltweit für eine „Ökonomie der Verbundenheit“ eintritt.

Die Idee für den fairventure-Kongress wurde im Jahr 2011 wesentlich durch die im vergangenen Jahr verstorbene Margrit Kennedy inspiriert. Als „Geldexpertin“ war sie den Ideen von Paul Hawken begegnet, der in seinem Buch

„Wir sind der Wandel“ von der kultur kreativen Bewegung schreibt, deren unterschiedliche Facetten und Expertisen zusammengefasst die „weltweit größte soziale Bewegung“ darstellen. Der undogmatischen Begegnung verschiedenster Initiativen und Ideen für den Wandel bietet der fairventure-Kongress auch in diesem Jahr wieder einen Rahmen. (Peter Krause)

Ein vielfältiger Themenbogen erwartet die Kongressgäste:

1. Komplementärwährungen
2. Sinnhaftes und selbstbestimmtes Lernen als Erfolgsfaktoren in der Schule
3. Chancen und Gefahren für den Wandel
4. Commons: Gemeinsam leben und wirtschaften
5. Natürlich sein und leben
6. Lebendige Wirtschaft. Bewusst sein.
7. Welt und Leben aus eigener Initiative gestalten

Informationen und Anmeldung unter:
www.fairventure.de



Leserbriefe

Ganz gleich, ob diese Tatsache bewusst verschwiegen wird oder doch nur aus Unwissenheit so läuft. Bevor wir etwas dagegen tun wollen oder können, müssen wir erst mal herausbekommen, woran es liegt. Und dann, wenn wir es endlich wissen, müssen die Entscheidungsträger, in der Regel sind das Politiker, entscheiden ob sie es wirklich beseitigen wollen.

Da diese Entscheidung zu Gunsten der Armen und zu Ungunsten der Reichen fallen wird, habe ich so meine Bedenken, dass sie überhaupt fällt.

Das nächste Problem, ein weiteres von vielen, ist die mangelhafte Alten- und Krankenversorgung. Auch hierüber berichten die klugen öffentlichen Medien immer und immer wieder. Aber ich kann mich nicht erinnern, irgendwo gelesen oder gehört zu haben, dass die klugen und alles wissenden Medien ernsthaft dargestellt haben, warum das so ist. Sicher wissen sie, dass es am wenigen und auch noch schlecht bezahlten Personal liegt. Aber warum das Personal schlecht bezahlt wird, sagen sie nicht. Auch hier stellt sich die Frage, wissen sie es nicht, oder verschweigen sie es nur.

Peter de Baer, Laupheim

„Ist die deutsche Energiewende rentabel?“

Naturgesetzlich, thermodynamisch gibt es keine „erneuerbare“ Energie! „Energie“ enthält Arbeit, und wie geleistete Arbeit nicht zurückgeholt werden kann, kann auch verbrauchte Energie nicht mehr zurückgeholt werden. Es ist daher eine beklemmende Volksverdummung, wenn Politiker und Medien tagtäglich von „erneuerbarer“ Energie sprechen. Sie wollen damit die von ihnen inszenierte „Energiewende“ in ein gutes Licht rücken. Begrifflich lässt das Wort „Energiewende“ vermuten, dass „Gleichwertiges“ getauscht wird.

Das ist aber nicht der Fall! Im Gegensatz zu den konventionellen Kraftwerken, die weitgehend in den 8.760 Stunden des Jahres ihre Ausleistung erbringen, ist die Wind- und Photovoltaik-Energie zeitlich und leistungsmäßig äußerst schwankend. Der Wind weht an Land 1.000-1.500 Stunden und Off-shore 3.000-4500 Stunden im Jahr, also mit einem Nutzungsgrad von nur 15-50%. Da die Speichermöglichkeiten fehlen, verschlechtert sich die Nutzung der stark fluktuierenden Wind- und Photovoltaik-Energie.

Diese wahren Fakten werden leider in der sonst so hochgelobten, freiheitlichen Demokratie peinlichst verschwiegen. Das Gerede um den Netzausbau ist dabei ein „gutes“ Ablenkungsmanöver.

Die Aufstellung von Rendite-Rechnungen erübrigt sich bei dieser Lage, sinnvoller wären Verlustrechnungen.

Wolfgang Büchen, Mettmann

Bestellschein:

Bitte per Fax an +49(0)9161 - 87 28 673
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a.d. Aisch

Ich bestelle die umseitig eingetragenen Artikel
gegen Rechnung:

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
ggf. Kundennummer: _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____

Bestellschein:

Bitte per Fax an (+49)9161 - 87 28 673
oder im Briefumschlag
senden an:

HUMANE WIRTSCHAFT
Luitpoldstr. 10

D-91413 Neustadt a.d. Aisch

Ich bestelle das umseitig eingetragene Abonnement
gegen Rechnung

Ich zeichne eine Fördermitgliedschaft

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Kundennummer (falls vorhd.): _____
Datum: _____
Telefon/Fax: _____
E-Mail: _____
Unterschrift: _____